

Ein Dossier von Misereor und Brot für die Welt in Zusammenarbeit mit der Redaktion WELT-SICHTEN.

# Wirkungsvoll den Menschen stärken

60 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen in der Entwicklungszusammenarbeit

**Brot**  
für die Welt

**misereor**  
GEMEINSAM GLOBAL GERECHT

Wirkungsvoll arbeiten – das ist auch im Globalen Süden nicht mehr ohne Handy und digitaler Infrastruktur denkbar. Damit arbeitet auch Adissa Congo bei ihrem Feldbesuch in Burkina Faso.

Foto: Florian Kopp/ Misereor





**Svenja Schulze**  
ist Bundesministerin für  
wirtschaftliche  
Zusammenarbeit und  
Entwicklung.

Seit nunmehr 60 Jahren arbeiten die Bundesregierung und die beiden großen christlichen Kirchen Hand in Hand, um Hunger, Armut und Ungleichheit in der Welt zu bekämpfen. Die kirchlichen Zentralstellen für Entwicklungshilfe – die katholische KZE und die evangelische EZE – sind für das Bundesentwicklungsministerium zuverlässige und unerlässliche Partner. Sie nutzen staatliche Mittel, um arme und ausgegrenzte Menschen weltweit zu unterstützen und zu stärken – seien es Waisenkinder, Kranke, Menschen mit Behinderungen, indigene Gruppen oder notleidende Frauen.

Dank ihrer vielen zivilgesellschaftlichen Partnerorganisationen und Netzwerke können die kirchlichen Zentralstellen bedürftigen Menschen auch in schwierigen Kontexten und Notlagen wirksam und schnell helfen, zum Beispiel in Konfliktregionen, fragilen Staaten oder Katastrophengebieten. Mit ihren vielfältigen Projekten reagieren KZE und EZE auch auf die akuten Herausforderungen unserer Zeit: so engagieren sie sich, um Menschen vor den Auswirkungen des Klimawandels oder Pandemien wie Covid-19 zu schützen. Angesichts zunehmender Ungleichheit, Konflikte, Naturkatastrophen und Ressourcenknappheit werden die kirchlichen Zentralstellen auch in Zukunft wichtige Partner für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bleiben.

Denn uns eint ein Ziel: wir wollen „niemanden zurücklassen“ und allen Menschen ein Leben in Würde auf einem gesunden und friedlichen Planeten ermöglichen – unabhängig von ihrem Wohnort, Alter, Geschlecht, Einkommen oder ihrer Konfession. Ich danke den kirchlichen Zentralstellen und ihren Mitstreiter\*innen für ihren unermüdelichen Einsatz und freue mich auf unsere weitere Zusammenarbeit für Menschenrechte, Nachhaltigkeit und Frieden.

Ihre

### **3 „Mit dem Haushaltsentwurf für 2023 können wir nicht zufrieden sein“**

Gespräch mit Staatssekretärin Bärbel Kofler und den Prälaten Karl Jüsten und Martin Dutzmann über neue Aufgaben der Entwicklungspolitik

### **8 Hand in Hand für Frieden und Gerechtigkeit**

Wie der deutsche Staat seit 60 Jahren entwicklungspolitische Vorhaben der Kirchen fördert  
Katja Dorothea Buck

### **11 „Wir sind stark, wir sind mutig, und wir halten zusammen“**

Ehrenamtliche unterstützen indische Schulkinder  
Jürgen Hammelehle

### **15 „Die indigene Bevölkerung stärken“**

Interview mit Viviane Herminda, Projektberaterin bei der brasilianischen Organisation CESE  
Verena Schmidt

### **16 „Hier sind kleine grüne Biotope entstanden“**

Paul François Ramde, Leiter der Organisation UFC Dori in Burkina Faso, über Probleme in der Region und die Stärkung der Frauen  
Verena Schmidt

### **17 Einkauf ist politisch**

Eine kurze Geschichte des Fairen Handels  
Corinna Würzberger

### **18 60 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen**

Grußworte von Bundestagsabgeordneten

# „Der Einsatz für Menschenrechte wird noch wichtiger“

Gespräch mit Staatssekretärin Bärbel Kofler und den Prälaten Karl Jüsten und Martin Dutzmann über neue Aufgaben der Entwicklungspolitik



**Zwei Jahre der Corona-Pandemie haben manche Entwicklungserfolge wieder in Frage gestellt; hinzu kommen nun Folgen des Kriegs in der Ukraine. Was sind heute vordringliche Aufgaben der Entwicklungspolitik? Wie will die neue Bundesregierung sie angehen, was können die Kirchen beitragen, was erwarten sie von der Politik?**

In vielen Ländern wie Brasilien oder den Philippinen sind autoritäre Tendenzen zu beobachten wie Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit und Schikanen gegen zivilgesellschaftliche Organisationen. Muss in

der Entwicklungsarbeit der Einsatz für Menschenrechte noch mehr Gewicht erhalten?

**Kofler:** Der war immer schon wichtig. Aber es stimmt, dass viele autoritäre Staaten die Daumenschrauben weiter anziehen. Für die Entwicklungspolitik ist der Dialog mit der Gesellschaft im Partnerland essentiell. Wenn Menschen vor Ort ihre Meinung zu Projekten und Entwicklungshemmnissen nicht frei äußern können, kann man keine vernünftigen Entwicklungsprojekte voranbringen. In autoritären Strukturen werden auch kreative Menschen behindert, Frauen ausgegrenzt, die Belange von Kindern oder Menschen mit Behinderung ignoriert, indigene Völker geraten ins Visier. Wir müssen alles dafür tun, dass in der Entwicklungspolitik Menschenrechte ganz oben auf der Agenda bleiben.

Von links nach rechts: Bernd Ludermann, Chefredakteur „welt-sichten“; Bärbel Kofler, Staatssekretärin im BMZ; Prälat Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro Berlin, und Prälat Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

Wie schlägt sich das in der kirchlichen Entwicklungsarbeit nieder?

**Dutzmann:** Auch da wird der Einsatz für Menschenrechte immer wichtiger. Die Entwicklungswerke kümmern sich auch um Menschenrechtsschutz. Ich war zum Beispiel vor vier Jahren mit Brot für die Welt in Mexiko, es ging besonders um das furchtbare Thema des Verschwindenlassens von

Menschen. Da haben wir hoch engagierte Partnerorganisationen kennengelernt, die helfen, zum Beispiel den mutmaßlichen Mord an 43 Studenten im Jahr 2014 aufzuklären. Oder die sich dafür einsetzen, dass der Staat seine Schutzverantwortung für Menschenrechtsverteidiger stärker wahrnimmt.

**Jüsten:** Ohne Wahrung von Menschenrechten ist Entwicklung gar nicht möglich. Es geht ja nicht nur um die Bekämpfung von Armut und Hunger, sondern auch darum, dass jeder Mensch sich als Person entwickeln kann. Deshalb treten wir als Kirchen seit langem dafür ein, dass die Zivilgesellschaft gestärkt wird, in allen Ländern die Menschenrechte einzufordern. Entwicklungszusammenarbeit (EZ) und der Einsatz für Demokratie und Menschenrechte gehören für uns unlösbar zusammen.

Bitten Ihre Partner zunehmend um Hilfe beim Schutz von Menschenrechten?

**Jüsten:** Ja, darum bitten zum Beispiel Partner aus den Philippinen, Brasilien oder Mexiko – die Liste lässt sich fortsetzen. Immer dann, wenn Menschen für mehr Partizipation, mehr Autonomie eintreten, geraten sie auch in Konflikt mit autoritären Regimen. Dann sind wir gefordert, an ihrer Seite zu stehen.

**Kofler:** Man darf über die sehr wichtigen bürgerlichen Rechte aber nicht vergessen, dass zu den Menschenrechten auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte gehören. Die stimmen weitgehend überein mit den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung.

**Dutzmann:** Eine bestimmte Form der Menschenrechtsverletzung kommt in der Regel nicht allein. Wir sehen das beim Recht auf Religionsfreiheit: Wo die eingeschränkt ist, steht es meist um die Menschenrechte insgesamt schlecht.

**Jüsten:** Wenn einzelne Personengruppen diskriminiert und von grundlegenden Rechten ausgeschlossen werden und wenn Frauenrechte mit Füßen getreten werden,

dann ist Entwicklung nicht möglich. Deshalb treten wir für die Erfüllung aller Menschenrechte ein. Manchmal müssen wir darüber mit unseren Partnern hart ringen. Menschen leben in unterschiedlichen kulturellen Umfeldern und auch in der Kirche erleben wir zum Beispiel Homophobie. Da müssen wir als Partner in Deutschland sagen, dass wir das nicht akzeptieren. Auch wenn Rechte der Frauen nicht geachtet werden, treten wir mit den Partnern in einen Dialog. Das ist der große Vorteil unserer Art EZ: Wir kommen nicht paternalistisch von oben, sondern versuchen gemeinsam für große Ziele zu streiten.

Setzt das BMZ jetzt mehr Geld als früher für Menschenrechtsschutz ein?

**Kofler:** Das kann man so nicht beantworten, denn Menschenrechtsschutz zieht sich durch alle Projekte. Auch unser neuer Ansatz der feministischen Entwicklungspolitik gehört dazu. Da geht es um den gleichen Wert aller Menschen und es betrifft auch die Rechte etwa von Kindern oder Menschen mit Behinderung.

Dass diese Rechte eine Querschnittsaufgabe aller Entwicklungsvorhaben sein sollen, ist seit langem anerkannt. Was ist das Neue bei der feministischen Entwicklungspolitik?

**Kofler:** Die Frage ist, wie man den Anspruch umsetzt. Macht man irgendwo auch noch ein Projekt zum Thema Frauen oder muss Gleichberechtigung in allen Projekten bedacht werden?

Ist das bisher nicht der Fall?

**Kofler:** Nein. Da sind nichtstaatliche Organisationen oft weiter als die staatliche EZ. Und es geht nicht nur um Frauen als Empfängerinnen von Geld, sondern darum, sie bei Planungsprozessen in den Mittelpunkt zu stellen, sie müssen aktiv beteiligt sein. Solche Projekte gab es natürlich, aber es muss durchgängige Praxis werden.



Dr. Bärbel Kofler ist seit Dezember 2021 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Sie ist seit 2004 Mitglied des Bundestages. Von 2013 bis 2016 war sie Entwicklungspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und von 2016 bis 2021 Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe.

**Dutzmann:** In vielen Projekten, die ich kenne, sind es in erster Linie die Frauen, die etwas vorangebracht haben.

Viele Kirchen im Süden vertreten ein konservatives Gesellschaftsbild. Wenn Sie da die Gleichberechtigung der Frauen einklagen, treten da nicht Konflikte auf?

**Dutzmann:** Sicher. Ähnlich wie bei dem Thema der sexuellen Identität sind die kulturellen Prägungen da stark und die dürfen wir auch nicht übergehen. Aber wichtig ist, dass wir mit unseren Partnern darüber auch einen vertrauensvollen Austausch auf Grundlage gemeinsamer Werte beginnen. Das können wir im Unterschied zu staatlichen Agenturen. Ich denke beispielsweise an ein Projekt, das kirchliche Akteure vernetzt und dabei stärkt, sich für einen Wandel frauengefährdender Praktiken in großen Teilen Afrikas einzusetzen. Kirchen spielen hier eine entscheidende Rolle aufgrund ihrer Reichweite und ihres Einflusses auf Entscheidungsträger.

**Jüsten:** In der katholischen Kirche hat mit Papst Franziskus ein starker Mentalitätswandel auch bei den Bischöfen begonnen. Der Wandel in den Ortskirchen braucht Zeit, aber die Projektpartner sind Gruppen an der



Prälat Dr. Martin Dutzmann ist seit 2013 Bevollmächtigter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union sowie Vorsitzender der Evangelischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE). Er ist unter anderem auch Mitglied der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD und des Aufsichtsrats des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung.



Prälat Dr. Karl Jüsten ist seit 2000 Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin und Vorsitzender der Katholischen Zentralstelle für Entwicklungshilfe (KZE). Er ist unter anderem auch Mitglied im Zentralkomitee der deutschen Katholiken sowie im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen und Vorsitzender des Rundfunkrates der Deutschen Welle.

Basis, die ähnlich wie bei uns kritische Diskurse in der Kirche und den Gesellschaften bewirken. Das führt zu konstruktiven Spannungen, wie es sie ja in Deutschland auch gibt. Aber Entwicklung muss auch konservative Menschen einbeziehen, sonst kommt man nicht weiter. Die Förderung des Dialogs zwischen den Armen und den Mächtigen hier und im Partnerland ist ein spezifischer Ansatz der Kirchen, in die Gesellschaften hineinzuwirken.

**Dutzmann:** Richtig. Wir haben keineswegs nur kirchliche oder christliche Partner. Aber gerade Partnerschaften zwischen kirchlichen Entwicklungsorganisationen haben eine besondere Grundlage: Weil wir den christlichen Glauben teilen und ihn bei allen Unterschieden der Frömmigkeit gemeinsam praktizieren, lässt sich auf Basis gemeinsamer Werte reden.

Das BMZ hat in den vergangenen Jahren bewusst versucht, Religionsgruppen stärker einzubinden, zum Beispiel in der Friedensförderung. Wie hat das die staatliche EZ verändert?

**Kofler:** Auch das ist ein Querschnittsthema: Es geht darum, in allen Vorhaben zu

bedenken, was religiöse Akteure beitragen können. Wir wollen nicht lokalen Religionsgemeinschaften sagen, was sie tun sollen. Aber gerade, wenn es um Konfliktbewältigung geht oder darum, zu verhindern, dass junge Menschen in extremistische Gedankenwelten abgleiten, dann öffnen sich neue Möglichkeiten, wenn man Religionsgemeinschaften einbezieht. Andererseits sind manche Probleme in religiösen Traditionen begründet oder religiös überbaut. Weibliche Genitalverstümmelung ist zum Beispiel eine Tradition, für die religiöse Begründungen herangezogen werden. In solchen Fällen können Religionsgemeinschaften, die sagen „Das passt nicht zu unserem Selbstverständnis und unserem Menschenbild“, im Dialog mit Ältesten vor Ort und mit Dorfgemeinschaften die Praxis verändern. Und es gibt Regionen praktisch ohne Präsenz eines Staates wie Ost-Kongo. Dort sind kirchliche Schulen die größten Bildungsträger.

Ist die Hinwendung der staatlichen EZ zu Religionsgruppen im Süden aus Sicht der Kirchen ein Fortschritt?

**Jüsten:** Wir sind froh, dass Religion als wichtiger Faktor der Politik mehr gesehen wird – übrigens auch im Auswärtigen Amt. Kirchen und andere Religionsgemeinschaften sind

oft näher an der Basis, als staatliche EZ es sein kann. Zudem werden viele Konflikte in der Welt religiös aufgeladen. In Nigeria haben die evangelische und katholische Kirche und die muslimische Gemeinde gemeinsam mit ihrer Friedensarbeit verhindert, dass Kriegsfürsten ihre Interessen religiös bemänteln und zusätzlich Konfliktstoff schaffen.

**Dutzmann:** Entscheidend ist aber nicht nur die Nähe zur Basis, sondern dass religiöse Würdenträger Respekt und Vertrauen genießen. Zum Beispiel hat Brot für die Welt in Simbabwe ein Projekt zur Eindämmung von Covid-19 gefördert. Es ist oft eine Frage des Vertrauens, ob Menschen die Gefahr ernst nehmen, sich mit einer Maske schützen oder, wenn es Impfstoff gibt, sich impfen lassen. Da haben wir andere Zugänge als staatliche Agenturen.

Der Zuschuss des BMZ zur kirchlichen EZ ist das eine, dass die staatliche EZ selbst direkt Religionsgruppen einbezieht, etwas anderes. Macht sie damit den Kirchen auf dem eigenen Feld Konkurrenz?

**Dutzmann:** Diese Gefahr sehe ich überhaupt nicht. Es ist vielmehr eine logische Fortsetzung der langjährigen Zusammenarbeit und die Anerkennung der Tatsache, dass Religion in den meisten anderen Ländern eine erheblich größere Rolle spielt als bei uns und für Entwicklung essenziell ist.

**Jüsten:** Für uns ist die staatliche EZ keine Konkurrenz, sondern wir empfinden sie als komplementär. Wenn die GIZ Fragen aufgreift, die uns immer schon wichtig waren, ist das ein Erfolg unserer Arbeit. Und wenn umgekehrt wir hinterherhinken, lernen wir von der GIZ oder auch von politischen Stiftungen.

**Kofler:** Es geht nicht darum, sich zum Beispiel Partner abzuwerben. Die Probleme sind so groß, dass man zu ihrer Bewältigung stets mehr Beteiligte braucht. Weder die staatliche Seite noch die Kirchen können mit allen arbeiten.

„Entscheidend ist nicht nur die Nähe zur Basis, sondern dass religiöse Würdenträger Respekt und Vertrauen genießen.“



Prälat Dr. Martin Dutzmann

Der vorherige Entwicklungsminister Gerd Müller hat faire Bedingungen entlang globaler Lieferketten zu einem großen Anliegen der deutschen Entwicklungspolitik gemacht. Wird sich das unter der neuen Leitung von Svenja Schulz fortsetzen?

**Kofler:** Das war ein Herzensthema von Gerd Müller, aber nicht nur von ihm. Ohne das Arbeitsministerium hätte er das Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz nicht durchsetzen können, und auch das Auswärtige Amt hat mit dem Prozess um den „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ dazu beigetragen. Auch mir ist das ein großes Anliegen. Ich komme aus einer Arbeiterfamilie und finde, menschenwürdige Arbeit ist ein Grundrecht aller Menschen. Unser wirtschaftliches Verhalten darf nicht dazu beitragen, es anderswo zu gefährden. Wir müssen und werden alles tun, damit der gute Vorschlag der EU-Kommission für eine europäische Lieferketten-Verantwortung vom Februar sich durchsetzt.

**Dutzmann:** Man muss die Bedingungen, unter denen etwas produziert wird, so transparent machen wie möglich. Wir Kirchen sind dankbar, dass das zuletzt mit dem deutschen Lieferketten-Sorgfaltspflichtengesetz gelungen ist, wenn auch mit Abstrichen.

Sie hätten sich mehr erhofft?

**Dutzmann:** Ja, zum Beispiel eine zivilrechtliche Haftungsregel, die festlegt, dass Unternehmen für Schäden haften, die durch die Missachtung der Sorgfaltspflichten entstanden sind. Unzureichend ist vor allem, dass sich die berücksichtigten Sorgfaltspflichten nur auf unmittelbare Zulieferer beziehen. Auch die Begrenzung auf sehr große Unternehmen ist nicht gut. Aber wir sind froh, dass immerhin dieses Gesetz in Kraft getreten ist. Die vorgeschlagene EU-Richtlinie wird dessen Mängel zum Teil hoffentlich ausgleichen.

**Jüsten:** Im Koalitionsvertrag steht das Ziel eines wirksamen EU-Lieferkettengesetzes. Da hat die Regierung uns an ihrer Seite. Das werden wir beobachten und es mit unseren europäischen Partnern vorantreiben.

Die neue Bundesregierung will nicht zuletzt den Klimaschutz voranbringen. Nimmt das Thema auch im BMZ immer mehr Raum ein?

**Kofler:** Ja. Der Klimawandel gefährdet die Entwicklungsfortschritte im Süden. Wir müssen Klimaschutz und Klima-Anpassung in die gesamte Entwicklungspolitik einbeziehen. Dazu gehört auch, dass wir die sozial-ökologische Transformation bei uns vollziehen und so Emissionen mindern, damit die Temperatur nicht so steigt wie befürchtet.

Aber wir können Ländern im Süden nicht einfach vorschreiben, CO<sub>2</sub> einzusparen und sich von Entwicklung zu verabschieden. Wir müssen gemeinsam Perspektiven entwickeln, wie dort CO<sub>2</sub>-neutrale Wertschöpfung entstehen kann. Und wir setzen uns im Rahmen der G7 für einen breiteren Schuttschirm für verletzte Länder ein, zum Beispiel für Klima-Risikoversicherungen.

Klagen Länder und Organisationen aus dem Süden immer lauter, dass die Industrieländer bisher nur einen Teil der versprochenen Unterstützung von 100 Milliarden US-Dollar jährlich zahlen und ihre Emissionen zu wenig senken?

**Dutzmann:** Ja, und diese Klage ist auch berechtigt. Oft sind die Länder am stärksten betroffen, die am wenigsten zum Problem beigetragen haben. Die Verursacher sitzen im Wesentlichen im globalen Norden. Uns bewegen beim Thema Klimawandel auch theologische Motive: Das eine ist, die Schöpfung zu bewahren, das andere die Gerechtigkeit.

**Jüsten:** Die Klagen von unseren Partnern sind groß, zum Beispiel sprechen Bischöfe aus Inselstaaten für die Einwohner, die akut vom Untergang bedroht sind. Mit denen werden wir auch immer wieder hier in Deutschland vorstellig, auch in unseren Gemeinden. Wir begrüßen im Übrigen, dass die Regierung sich als Klima-Regierung versteht, auch wenn die Ziele noch ambitionierter sein könnten – das sagen auch unsere Partner im Süden. Und ich hätte mir für das BMZ Zuständigkeiten gewünscht, die jetzt im Auswärtigen Amt sind, zum Beispiel für internationale Klimakonferenzen. Das BMZ hat hier in der Regierung besondere Expertise.

**Dutzmann:** Und eine besondere Perspektive, nämlich die von Ländern im Süden.

**Kofler:** Das BMZ ist für die Umsetzung der Klimaprojekte in den Partnerländern verantwortlich, und wir stimmen uns eng mit

anderen Ministerien ab. Wir führen ja nicht mit allen Staaten Regierungsverhandlungen, sondern nur mit Partnerländern des BMZ. Aber natürlich verstehen wir uns als ein wichtiges Klimaministerium.

Der im April vorgelegte Haushaltsentwurf der Bundesregierung sieht vor, dass der Etat des BMZ kommendes Jahr deutlich gekürzt wird. Wie passt das zu den großen und wachsenden Anforderungen an die Entwicklungspolitik?

**Kofler:** Der mittelfristige Finanzplan ist hoch problematisch. Man ist zu Beginn der Corona-Krise davon ausgegangen, dass man danach wieder ansetzen kann, wo man vorher war. Aber die Corona-Krise ist nicht beendet und zusätzlich ist jetzt Krieg in der Ukraine. Auch die kriegerischen Auseinandersetzungen von Afghanistan bis zum Nahen Osten gehen weiter. Diesen Bedarf bildet die mittelfristige Finanzplanung in keiner Weise ab. Kurzfristig, für dieses Jahr, bekommt das BMZ zusätzliches Geld aus dem Topf für die Bekämpfung der Covid-Pandemie, um den Zugang zu Impfstoffen zu verbessern, und es wird mit dem Nachtragshaushalt zusätzliche Mittel wegen der

*„Wir müssen gemeinsam Perspektiven entwickeln, wie CO<sub>2</sub>-neutrale Wertschöpfung auch in Ländern des Südens entstehen kann.“*



Dr. Bärbel Kofler

Folgen des Kriegs in der Ukraine geben, zum Beispiel für Ernährungssicherheit weltweit. Aber mit dem Haushaltsentwurf für 2023, den das Parlament im Mai beraten wird,

können wir angesichts der Aufgaben nicht zufrieden sein.

**Jüsten:** Wir vertrauen darauf, dass das Parlament ihn noch ändern wird. Es ist bedauerlich, dass im Jahr des 60. Jubiläums der globale Zuschuss für die kirchliche EZ erstmals abgesenkt werden soll – allerdings weniger stark als der BMZ-Haushalt insgesamt, dafür sind wir dankbar. Gleichwohl legen wir den Finger in die Wunde: Wir werden voraussichtlich 2023 infolge des Kriegs in der Ukraine Hungerkatastrophen erleben, die Preise für Weizen und andere Grundnahrungsmittel werden weltweit steigen und die verletzlichsten Länder im Süden am meisten leiden. Da kann es doch nicht sein, dass ausgerechnet die Mittel zur Bekämpfung des weltweiten Hungers und für zivile Konfliktprävention gekürzt werden. | |

Das Gespräch führte **Bernd Ludermann**.  
Fotos von **Andreas Schözel**.

*„Es kann nicht sein, dass ausgerechnet die Mittel zur Bekämpfung des weltweiten Hungers und für zivile Konfliktprävention gekürzt werden.“*



Prälat Dr. Karl Jüsten

# Hand in Hand für Frieden und Gerechtigkeit

Wie der deutsche Staat seit 60 Jahren entwicklungspolitische Vorhaben der Kirchen fördert



Foto: Brot für die Welt

| Katja Dorothea Buck

Wer sich mit den Anfängen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit von Staat und Kirchen in Deutschland beschäftigt, staunt über mindestens zwei Dinge. Zum einen kam die Idee, den beiden großen Kirchen staatliche Mittel für „Entwicklungshilfe“ – so die damalige Bezeichnung – zur Verfügung zu stellen, nicht von den Kirchen selbst, sondern vom ersten Bundeskanzler Konrad Adenauer. Er war überzeugt davon, dass evangelische und katholische Kirchen mit ihren engen, missionsgeschichtlichen Verbindungen nach Afrika, Asien und Lateinamerika nachhaltige und effektive Entwicklungshilfe leisten könnten. Im Herbst 1960 trug er diesen Gedanken an beide Kirchen heran.

Der zweite bemerkenswerte Aspekt ist, dass es Vorbehalte gegenüber dieser Idee gab. Vor allem die evangelische Kirche zögerte vor dem Hintergrund ihrer Geschichte im Nationalsozialismus und aus Sorge vor politischer Einflussnahme, große Summen staatlicher Mittel anzunehmen. Außerdem war unklar, wie solch ein großer Auftrag personell und inhaltlich gestemmt werden sollte. Schließlich waren die kirchlichen Hilfsaktionen „Miserere – Aktion gegen Hunger und Krankheit



Foto: Sepp Jäger

in der Welt“ und Brot für die Welt erst kurz vorher, nämlich 1958 und 1959 gegründet worden.

## | Kirche und Staat arbeiten zusammen

In gemeinsamen Verhandlungen mit dem Auswärtigen Amt (das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit wird erst 1961 gegründet) werden damals die Grundlagen der Kooperation festgelegt: Die Kirchen entscheiden auf der Basis gemeinsam vereinbarter Grundsätze eigenständig über Projekte und Programme. Der Staat

Links: Sinnbildlich für die Zusammenarbeit von evangelischer und katholischer Kirche halten zwei Männer das Zeichen der Ökumene hoch. Rechts: Um darauf aufmerksam zu machen, wie viele Menschen weltweit an Hunger sterben, ist 1962 in Frankfurt am Main eine Hungeruhr aufgestellt.



Foto: Florian Kopp / Misereor

Links: Der Kleinbauer Segundo Guerrero Mondragon baut in Peru Kaffee an. Er gehört zu den Gründern einer Fairhandels-Kooperative, die ihren Kaffee über die Gepa nach Deutschland vermarktet.

Unten: In Tansania errichtet die Organisation Migesado mit Unterstützung von Brot für die Welt Biogasanlagen und energiesparende Lehmöfen für den Klimaschutz.



Foto: | Christof Krackhardt / Brot für die Welt

knüpft an die Zuschüsse dazu keinerlei politische Auflagen. Und die Kirchen verpflichten sich, keine missionarischen Projekte zu fördern, einen Eigenanteil einzubringen und ihre Verwaltungskosten selbst zu tragen. Das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit, das bis heute gilt, war geboren. Im Laufe der Zeit kristallisierte sich das Format der Globalbewilligung heraus, bei dem nicht jedes einzelne Projekt vom BMZ bewilligt werden muss.

Nun mussten die nötigen Strukturen geschaffen werden, um die staatlichen Fördermittel entgegennehmen und effektiv einsetzen zu können. Zu diesem Zweck wurden 1962 die Evangelische und die Katholische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V. (EZE und KZE) gegründet. Die KZE ging unter das Dach von Misereor in Aachen. Auf evangelischer Seite bevorzugte man eine räumliche Trennung von Brot für die Welt in Stuttgart, das damals noch ein reines Spendenwerk war, und gründete die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe (EZE) als unabhängige Organisation in Bonn.

### | Von „Hilfe“ zum ganzheitlichen Entwicklungsverständnis

In den Anfangsjahren wurden mit den staatlichen Geldern vor allem große Bauprojekte von kirchlichen Partnern zur Armutsbekämpfung finanziert: Krankenhäuser, Universitäten, Schulzentren, Berufsschulen, Genossenschaftszentren oder sozialer Woh-

nungsbau in Elendsvierteln. Für solche integralen Bauvorhaben hätten die Spenden von Gemeinden und Einzelpersonen nicht gereicht.

Doch mehr und mehr wurden international Stimmen laut – auch in der Ökumene –, dass „Entwicklungshilfe“ viel mehr leisten könne. Es sei notwendig, die Rahmenbedingungen, also gesellschaftliche Strukturen, wirtschaftliche Mechanismen und politische Systeme mit in den Blick zu nehmen, um die Wurzeln von Armut und Ungerechtigkeit zu bekämpfen.

„Da traf es sich gut, dass im BMZ ab 1980 eine junge Generation fähiger Leute angeheuert hatte, die in den großen entwicklungspolitischen Diskussionen bewandert waren und ihre Counterparts in den kirchlichen Zentralstellen fanden“, sagt Norbert Ditrach, der von 1980 bis 2017 in verschiedenen Funktionen bei Misereor mit dem BMZ zusammengearbeitet hat.

„Die neuen Mitarbeitenden dachten mehr sektoral und vom Konzept konkreter Projekte ausgehend. Wir hingegen brachten unsere praktische Erfahrung aus den Projekten und den konkreten Lebensverhältnissen der Armen mit.“ Daraus leiteten sich fruchtbare Diskussionen ab, nicht zuletzt deshalb, weil mit dem damaligen Ministerialdirigenten Karl Osner ein ehemaliger Misereor-Mitarbeiter an verantwortlicher Stelle im BMZ saß. „Er kannte beide Seiten hervorragend und

konnte die gemeinsamen Diskussionen gut vorantreiben“, so Ditrach. Die Gespräche über nachhaltige Armutsbekämpfung seien konstruktiv sowie fachlich auf hohem Niveau geführt worden.

### | Fachliche Zusammenarbeit: Beispiel Tansania

Überdies wollte das BMZ nicht mehr nur Sponsor von kirchlichen Projekten sein, sondern sie gemeinsam mit den Kirchen umsetzen. So entstand Anfang der 1990er-Jahre in Tansania eines der großen Vier-Parteien-Projekte, bei dem die deutsche und die tansanische Regierung zusammen mit den katholischen und evangelischen Kirchen beider Länder nachhaltige Strukturen von der dörflichen bis zur nationalen Ebene schaffen wollten. Wirtschaftlich und politisch lag das Land nach der gescheiterten Einführung des Sozialismus am Boden. Lokale kirchliche Einrichtungen erbrachten damals mehr als die Hälfte der Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungsbereich. „In den Zentralstellen hatten wir deshalb zu der Zeit so viele Anträge, dass wir kaum wussten, wie wir sie priorisieren sollten“, erinnert sich Theo Redelstein, der 1992 als junger Entwicklungshelfer bei der KZE das Programm betreute.

Gemeinsam mit den Kollegen der EZE, des BMZ sowie den Behörden und Partnern vor Ort wollte man die vielen kleinen und gro-

ßen kirchlichen Schulen, Krankenhäuser, Gesundheitsstationen und Dorfkliniken so strukturieren, dass sie in der Lage wären, mit einer Stimme gegenüber dem tansanischen Staat zu sprechen und ihre Ansprüche geltend zu machen. Im besten Fall wollte man die Bildungs- und Gesundheitspolitik des Landes beeinflussen. Es handelte sich also um ein deutsch-tansanisches, ökumenisch-internationales Pilotprojekt von Kirchen, Verwaltungen, Ministerien und Regierungen.

Eine Koordinierungskommission, die Christian Social Services Commission (CSSC), und ein Büro in Daressalam wurden gegründet, über die fortan die Policy-Diskussionen mit den jeweiligen Zentralstellen sowie sektorale Unterstützungsprogramme liefen. „Der Aufbau dieser Strukturen war enorm aufwändig. Vermutlich hat man deswegen so etwas nicht in anderen Ländern wiederholt“, sagt Redelstein, der auch heute noch im operativen Geschäft der KZE arbeitet. Nachhaltig seien die Investitionen damals dennoch gewesen, denn mit der CSSC arbeite man nach wie vor gut zusammen: „Es hat mich sehr gefreut, als ich gesehen habe, dass vor zwei Jahren auch große Corona-Hilfen für die tansanischen Partner über genau dieses Koordinierungsbüro beantragt wurden.“

### | Der Mehrwert der Zusammenarbeit

Unter anderem diese Langfristigkeit macht den Mehrwert der Zusammenarbeit von Staat und Kirche in Deutschland aus. Generell wird in der Entwicklungszusammenarbeit eher in Projekten gedacht, die drei bis fünf Jahre lang gefördert werden. Weil der Staat jedoch als zuverlässiger Geldgeber an der Seite der kirchlichen Entwicklungswerke steht und auch den beiden Kirchen diese Arbeit wichtig ist, „können wir langfristig mit Partnern und Zielgruppen zusammenarbeiten“, sagt Edda Kirleis, die seit 1995 im Südasienreferat von EZE/Brot für die Welt Projekte begleitet.

So könne eine solide Vertrauensbasis zu den Partnern entstehen. Man könne Strukturen in den Blick nehmen, bis hin zu dem Punkt, dass die Menschen vor Ort sich so vernetzen, dass sie für sich selbst gegenüber der Politik sprechen können. „Die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit hat sich dadurch in den Zivilgesellschaften einiger Länder einen sehr guten Ruf aufgebaut“, sagt Kirleis.

### | Freiraum bei der Wahl der Partner und Programme

Dass die Hilfswerke mit den BMZ-Mitteln keine christliche Klientelpolitik betreiben dürfen, sieht Kirleis nicht nur als selbstverständlich, sondern sogar als strategischen Vorteil an: „Wir fördern Projekte, die den benachteiligten Menschen am nächsten sind.“

Gerade in Ländern, in denen Christen eine Minderheit sind, seien dies oft auch nicht kirchliche Organisationen. Genau diese Vielfalt gebe den christlichen Partnern die Möglichkeit, als Teil einer größeren Zivilgesellschaft zu wirken. „Und die Kirchen selbst werden im positiven Sinne durch diese Diversität herausgefordert“, sagt Kirleis. Ein Beispiel sei ein konservativer Bischof in Indien, der in Workshops zu Geschlechtergerechtigkeit mit Feministinnen zusammentraf. „Das führt unweigerlich zu einer Erweiterung des Horizonts aller Beteiligten“, sagt Kirleis. Auch in Kontexten von Gewalt und Fragilität, in denen es um Konflikttransformation und Frieden geht, sei die langfristige Zusammenarbeit mit Partnern mit verschiedenen Hintergründen ein wichtiger Baustein.

### | Der Anteil der staatlichen Fördermittel wächst

In den vergangenen sechs Jahrzehnten sind die staatlichen Zuwendungen an die kirchliche Entwicklungszusammenarbeit stetig gestiegen. Die Spendenmittel, die wichtig zur Finanzierung des kirchlichen Eigenanteils in den Projekten sind, sind dagegen nicht in gleichem Maße gewachsen. Heute machen Bundesmittel mehr als die Hälfte der Einnahmen von Brot für die Welt aus. Bei Misereor liegt der Anteil höher.

Zwar wird die Entwicklungszusammenarbeit der Kirchen mit dem Staat von Seiten des BMZ in keiner Weise in Frage gestellt. Im Gegenteil. Doch politische und gesellschaftliche Verhältnisse können sich ändern. „Wir müssen das Prinzip der Globalbewilligung immer wieder gegen kritische Stimmen aus der Öffentlichkeit, der Presse oder dem parlamentarischen Raum verteidigen“, sagt Michael Plesch, der beim BMZ das Referat leitet, in dem unter anderem auch die Zusammenarbeit mit den Kirchen angesiedelt ist. Dem

BMZ werde vorgeworfen, die Kirchen zu privilegieren und gleichzeitig zu viel Kontrolle über die Verwendung von Steuermitteln aus der Hand zu geben. „Die Kirchen leisten aber weltweit hochkompetente Projektarbeit gerade auch in sehr entlegenen Regionen, wo andere Akteure nur schwer hinkommen. Außerdem können sie durch ihr langfristiges Engagement mit ihren Partnern Kampagnen und Initiativen wie den Fairen Handel, das Erlassjahr oder auch das Lieferkettengesetz erst ermöglichen.“ Außerdem leisteten die Kirchen auf zivilgesellschaftlicher Ebene eine Lobbyarbeit, die gleichermaßen für das Ministerium und das Verständnis für die Inhalte und Ziele von Entwicklungszusammenarbeit hilfreich sei, sagt Plesch.

„Ganz abgesehen davon wird natürlich sehr genau geprüft, für was die Mittel verwendet werden.“ Heute sogar noch genauer als früher. „Dabei geht es nicht allein um eine korrekte Finanzprüfung, sondern immer auch um den Nachweis, inwiefern die Arbeit tatsächlich wirkt und ob es vielleicht Korrekturen bei den Ansätzen in den Förderbereichen braucht.“ Gemeinsam führe man inhaltliche Diskussionen, die manchmal auch herausfordernd, doch immer konstruktiv seien.

Nicht nur die politische Landschaft hat sich seit den 1960er-Jahren verändert, auch die gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen selbst ist deutlich zurückgegangen. „Auf dem Argument der Kirchlichkeit dürfen wir uns nicht ausruhen“, sagt Kirleis. „Wir müssen noch viel mehr deutlich machen, wo unsere Stärke liegt. Die verlässliche Zusammenarbeit mit dem Staat und unseren Partnern als bedeutenden zivilgesellschaftlichen Akteuren ermöglicht es, langfristig strukturelle Veränderungsprozesse für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung voranzutreiben. Dadurch bewirken wir vor Ort mehr, als wenn nur einzelne Projekte gefördert werden.“



**Katja Dorothea Buck**  
ist Religionswissenschaftlerin und Politologin.



Der zehn Jahre alte Sorso mit seinen Mitschülern in der Dorfschule im indischen New Tusom.

# „Wir sind stark, wir sind mutig, und wir halten zusammen“

## Ehrenamtliche unterstützen Schulkinder im Nordosten Indiens

| Jürgen Hammelehle (Text)  
Frank Schulze (Fotos)

Die Diskrepanz zwischen staatlichem und privatem Schulsystem in Indien ist groß. Besonders deutlich zeigt sich das im überwiegend von Indigenen bewohnten nordöstlichen Bundesstaat Manipur, wo Corona-Pandemie und der Klimawandel die Situation verschlimmert haben. Eine Partnerorganisation von Brot für die Welt und Misereor unterstützt Ehrenamtliche vor Ort dabei, den Kindern ein besseres Leben zu ermöglichen.

Die Nacht war kalt, aber nun scheint die Sonne durch das geöffnete Fenster und bringt etwas Wärme in das Klassenzimmer. Die Wände des kleinen Raumes bestehen aus Holzbrettern, durch die Ritzen sieht und hört man die Kinder nebenan. Der 12-jährige Sorso schaut konzentriert zur Tafel, auf die sein Lehrer gerade eine Rechenaufgabe schreibt. Neben Sorso sind fünf weitere Kinder im Raum – größer ist sie nicht, die 6. Klasse der Dorfschule von New Tusom, im Nordosten des Landes.

Dass überhaupt Unterricht stattfindet, ist alles andere als selbstverständlich. Denn ei-

gentlich sind die staatlichen Schulen aufgrund der Corona-Pandemie im Winter 2021/2022 geschlossen – wie in manchen europäischen Ländern auch. Fast alle Lehrerinnen und Lehrer sind in ihre Heimatorte zurückgekehrt. In New Tusom haben die Mitglieder der örtlichen Jugendgruppen deshalb begonnen, Grundschulkindern wie Sorso in Fächern wie Mathematik, Geographie und Sozialkunde zu unterrichten – und das ehrenamtlich. Unterstützung erhalten die Jugendgruppen von PASDO, einer Partnerorganisation von Brot für die Welt und Misereor.

PASDO (Participatory Action Sustainable Development Organisation) wurde 1997 von einer Lehrerin gegründet. Der Brot für die



Gajendra Prasad Mohanty leitet die Organisation PASDO im ostindischen Manipur (Bild oben). Sochamphy Awungshi ist 22 Jahre alt und engagiert sich in der Jugendgruppe, wo Kinder sich spielerisch für ihre Umgebung einsetzen können (Bild unten)..



Welt- und Misereor-Partner arbeitet seit vielen Jahren in der konfliktreichen und vernachlässigten Region. Vor allem eine gewaltfreie Kinder- und Jugendarbeit hat sich die Organisation auf die Fahnen geschrieben. Wichtig ist, dass die Jugendlichen erfahren, welche Rechte sie haben.

### | Marodes staatliches Schulsystem

„Die Qualität des Unterrichts in den staatlichen Schulen ist sehr niedrig“, sagt Gajendra Prasad Mohanty, der Leiter der Organisation. „Die Lehrkräfte sind schlecht ausgebildet und wenig motiviert, manchmal schlagen sie die Kinder auch.“ Das größte Problem aber sei ein anderes: „Viele Lehrkräfte sind schlecht bezahlt oder ihr Gehalt wird nicht überwiesen, deshalb erscheinen sie einfach auch nicht zum Unterricht“, sagt Mohanty. „Und wenn die Eltern sich bei den Behörden beschweren, werden die Lehrerinnen und Lehrer bestenfalls versetzt. Bis die Stellen dann neu besetzt werden, vergehen Monate.“ Wenn Kinder keine Schulbildung bekommen, hat das schädliche Auswirkungen: Mädchen werden oft sehr früh verheiratet, es kommt zu Kinderarbeit oder Jugendliche schließen sich aus Mangel an Perspektiven bewaffneten Rebellengruppen des Landes an.

Manipur ist einer von sieben Bundesstaaten in den östlichen Ausläufern des Himala-

yas, die nur durch einen schmalen Landkorridor mit dem Rest des Landes verbunden sind. Viele der knapp drei Millionen Einwohnerinnen und Einwohner gehören ethnischen Minderheiten an. Sie fühlen sich vor allem ihrer eigenen Volksgruppe zugehörig, der Thangkhol Naga, die auch im benachbarten Myanmar zu Hause ist. Die Thangkhol Naga, insgesamt rund 200.000 Menschen, sprechen eine eigene Sprache und haben eine eigene Kultur. Und sie sind im Unterschied zur Bevölkerungsmehrheit Indiens seit der Missionierung durch einen britischen Prediger Ende des 19. Jahrhunderts überwiegend christlichen Glaubens. Sprechen sie von Indien, klingt das, als wären sie selbst nicht Teil davon.

### | Der Klimawandel und seine Folgen

Auch die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch den Klimawandel gehört zu einem Problem in dieser Region, in der die meisten Menschen von der Landwirtschaft leben: Übermäßige Schneeschmelze infolge der Erderwärmung führt zu Überschwemmungen. Zudem waren die vergangenen Jahre geprägt von Stürmen und Erdbeben mit Schlammlawinen, es folgten Dürren, weil viel weniger Regen als normal gefallen war.



Mitte: Die Jugendlichen sammeln bei den Putztouren Müll im Dorf und animieren alle, sich daran zu beteiligen.  
Rechts: Stolz präsentieren sie das Ergebnis des Tages.

Hinzu kommt, dass die meisten Menschen nur von dem leben, was ihre Felder hergeben. Wie auch Sorsos Familie: Als der Junge nach der Schule nach Hause kommt, trocknet vor dem Haus der Reis, den sein Vater in den letzten Tagen geerntet hat. Er muss für die nächsten Monate reichen. „Ich wünsche mir, dass es unsere sechs Kinder einmal besser haben als wir“, sagt Onoyo Wungnaoyo Vashum, Sorsos Vater. Damit dieser Wunsch in Erfüllung gehen kann, setzen seine Frau Yiveila und er sich in ihrem Dorf für eine bessere Schulbildung ein.

#### | Für eine bessere Bildung an staatlichen Schulen

Um für eine bessere Bildung in den Dörfern zu sorgen, hat PASDO eine Reihe von Maßnahmen angestoßen. So existieren inzwischen vielerorts Schul- und Entwicklungskomitees, in denen Eltern und Lehrkräfte gemeinsam überlegen, wie der Unterricht verbessert und der häufige Stundenausfall reduziert werden kann.

Auch staatliche Stellen werden hier in die Pflicht genommen. „Zentren für freudvolles Lernen“ fördern durch Spiele, kulturelle und sportliche Aktivitäten nicht nur die Kreativität und Ausdrucksfähigkeit von Grundschulkindern, sondern auch ihre sozialen Kompe-

Sorso breitet zusammen mit seinen Eltern Reis aus ihrem Reisspeicher auf Planen aus, um ihn in der Sonne zu trocknen.





Alle Schüler der Dorfschule in New Tusom haben sich auf dem Pausenhof versammelt. Dank des Einsatzes der ehrenamtlichen Helfer können sie wieder regelmäßig zum Unterricht kommen.

Auch hier gibt es eine Dorfschule, in der Jugendliche ehrenamtlich Unterricht erteilen. In einem bescheidenen Holzhaus lebt die zehnjährige Sonim mit ihren Eltern und ihren vier Geschwistern. Die Familie zählt zu den ärmeren im Dorf, ihr Reisfeld ist zwei Stunden vom Haus entfernt. „Ein beschwerlicher Weg“, sagt die Mutter.

In der Küche, die das Zentrum des kleinen Hauses bildet, sind die Töpfe ordentlich im Regal aufgereiht. In einer Ecke prasselt ein Holzfeuer. Es dient nicht nur zum Kochen, sondern auch zum Heizen. Denn wenn die Sonne am Nachmittag untergeht, wird es hier schnell empfindlich kalt. Direkt neben dem Haus hat die Familie einen Garten. Dort wachsen Mais, Bohnen, Kürbis, Zwiebeln und Knoblauch. Nach der Schule hilft Sonim ihrer Mutter, den Garten zu bewirtschaften. Jetzt, in der Trockenzeit, bereiten sie ihn für die Regen- und Pflanzzeit vor.

### | Den eigenen Weg gehen

Wenn sie ihr eigenes kleines Reisfeld abgeerntet haben, unterstützen Sonims Eltern andere Bauernfamilien bei der Ernte. So verdienen sie sich etwas Geld dazu. Davon haben sie sich vor Kurzem drei Kälber angeschafft, die später einmal Milch geben sollen. 8000 Rupien hat eines gekostet, fast 100 Euro. „Darauf mussten wir lange sparen“, so Sonims Mutter.

Sie ist froh darüber, dass, wie in New Tusom, auch in ihrem Dorf die Jugendgruppe den Schulunterricht übernommen hat und Sonim in Khamasom bleiben kann. Denn für eine Privatschule in der Stadt hätte die Familie kein Geld. So kann Sonim ihren Weg weitergehen. Ihr Traum ist es, Polizeibeamtin zu werden. Wie hatte sie bei der Mela gestern im Chor mit den anderen Kindern noch lautstark gesungen: „Wir sind stark, wir sind mutig, und wir halten zusammen.“



**Jürgen Hammelehle**  
ist Referatsleiter Gemein-  
dekommunikation bei Brot  
für die Welt.

tenzen. Und in Jugendclubs diskutieren Heranwachsende über Themen wie Umweltschutz, Menschenrechte, Gleichberechtigung oder Drogenmissbrauch. Auch das Thema Kinderschutz ist PASDO wichtig. So wurden in den Dörfern auch Komitees zum Kinderschutz eingerichtet und an den Schulen Kampagnen für die Tabuisierung von sexuellem Missbrauch durchgeführt.

Eine Freiwillige, die sich bei PASDO engagiert, ist Sochamphy Awungshi. Die 22 Jahre alte Frau klärt über Umweltschutz im Jugendclub des Dorfes auf. „Wir weisen die Kinder, aber auch die Erwachsenen darauf hin, wie wichtig für uns alle eine saubere Umwelt ist. Dafür machen wir regelmäßig Müllsammelaktionen in unserem Dorf, denn leider wird viel zu viel in Plastik verpackt, das dann gleich nach dem Auspacken einfach weggeworfen wird. Deshalb haben wir auch Abfall-eimer im ganzen Dorf aufgestellt“, sagt sie.

Es gibt viel kreatives Engagement in den Jugendclubs, unter anderem die Idee, Bäume zu pflanzen. So konnten viele Jugendliche und junge Erwachsene theoretisches Wissen über Umweltschutz und Aufforstung in die Praxis umsetzen. Im kommenden Jahr will PASDO gemeinsam mit den Schulen vor Ort das Angebot zum Umweltschutz ausbauen. „Das war im vergangenen Jahr wegen der Corona-Pandemie nicht möglich“, so der Leiter der Organisation. „In der Ausnahmesituation mussten auch wir praktisch helfen: Lebensmittel wurden in Dörfern und Stadtteilen verteilt, in denen die Versorgung knapp wurde. Wir sehen, die Pandemie und die Auswirkungen des Klimawandels werden uns

noch länger begleiten und wir müssen Wege finden, damit zu leben“, sagt er.

### | Ein Tag im Zeichen der Kinder

Am nächsten Morgen läuft Sorso voller Vorfreude mit seinen Eltern in den Nachbarort Challou. Dort hat PASDO eine Mela organisiert, ein großes Fest, zu dem mehr als 200 Jungen und Mädchen und viele Erwachsene aus den acht umliegenden Dörfern gekommen sind.

Der ganze Tag steht im Zeichen der Kinder. Auf dem staubigen Dorfplatz führen sie Tanzeinlagen auf, stellen ihre Malkünste unter Beweis, beantworten Quizfragen zu Kinderrechten, Politik und Geographie oder messen sich bei Ballspielen, Wettrennen und Sackhüpfen – ein riesiger Trubel mit lautem Kinderlachen und glücklichen Eltern: „Heute wurden unsere Kinder spielerisch auf ihre Herkunft verwiesen“, sagt eine Mutter. „Sie können stolz darauf sein, einer Volksgruppe mit eigener Tradition und Brauchtum anzugehören.“

Nach der Preisverleihung, bei der die Kinder Schreibhefte, Blei- und Malstifte überreicht bekommen, gibt es noch ein gemeinsames Abendessen – weil die Sonne hier oben in den Bergen bereits früh untergeht, findet es schon um 16 Uhr statt. „Das gemeinsame Essen stärkt das Wir-Gefühl“, sagt Gajendra Prasad Mohanty. „Und eine nahrhafte Mahlzeit mit ein wenig Fleisch tut allen gut, weil es sonst meist nur Reis mit Gemüse gibt.“

### | Unterstützung in entlegenen Regionen

Am Tag darauf besucht das PASDO-Team das Dorf Khamasom. Es ist noch etwas höher als Challou, etwa 2000 Meter über dem Meer.

# „Die indigene Bevölkerung stärken“

Gespräch mit Viviane Herminda, Projektberaterin bei der brasilianischen Organisation CESE



Foto: Marília Pinto/CESE

Im brasilianischen Salvador da Bahia engagiert sich das Koordinationsbüro für den Ökumenischen Dienst, CESE (Coordenadoria Ecuménica de Serviço), für Menschenrechte und Demokratie. Viviane Herminda (Foto oben) leitet die Kleinprogramme der Organisation, die von Brot für die Welt und Misereor unterstützt wird.

Was sind heute die Schwerpunkte der Arbeit von CESE?

Mit unseren Kleinprogrammen fördern wir insgesamt 300 Initiativen, meist im strukturschwachen Norden des Landes. Mit Trainings, Management-Kursen und organisatorischen Mitteln helfen wir Frauen, Afro-Brasilianischen Gemeinden und LGBTQIA+-Vertretern, sich für ihre Belange einzusetzen. Da die gegenwärtige Regierung die Rechte dieser Gruppierungen eher mit Füßen tritt, als sie zu stärken, hoffen wir im Oktober bei den Wahlen auf einen Wechsel an der Staatsspitze. Erst im April haben in

Rechts: Bei Zusammenkünften treten Vertreter aller Religionen für ihre Belange ein – wie hier im westlichen Teil des Bundesstaates Bahia.

Brasilia mehrere Demonstrationen von indigenen Völkern gegen die Regierung stattgefunden. Wir unterstützen die Menschen tatkräftig in der Organisation ihres Protestes.

Was ist der Hintergrund der Proteste?

Seit dem Amtsantritt des Präsidenten Jair Bolsonaro ist die Abholzung am Amazonas deutlich gestiegen, die Umweltbehörden wurden geschwächt. Damit geht einher, dass indigene Territorien, die eigentlich als Schutzzonen gelten, für ausbeuterische Zwecke in Beschlag genommen werden. Die Erfahrung aber zeigt: Gerade wenn man die indigene Bevölkerung stärkt und deren Vertreter auch in der Politik mitentscheiden, kann Klimaschutz gelingen. Nun will die Regierung zusätzlich Gesetze einbringen, die verheerend für die 305 in Brasilien lebenden indigenen Völker sind: Geplant ist beispielsweise, die illegale Landnahme der Vergangenheit nachträglich zu legalisieren, die Ausweisung und damit den Schutz neuer indigener Territorien komplett zu stoppen und den Bergbau sowie die Abholzung in diesen Gebieten per Gesetz zu erlauben. Der Präsident rechtfertigt sein Vorgehen mit fadenscheinigen Argumenten über Rohstoffknappheit, ausgelöst durch den Ukraine-Krieg. Die Gefahr besteht, dass demokratische Strukturen ausgehöhlt und die Spaltung der brasilianischen Gesell-

schaft vorangetrieben werden.

Welche Mittel setzen Sie gegen die soziale Spaltung und Ungerechtigkeit ein?

Wir machen die Belange der Akteure sichtbar, zum Beispiel über Soziale Medien wie YouTube, Facebook und Instagram. Außerdem sind wir Teil einer Initiative, die es sich zum Ziel gesetzt hat, über Desinformation, sogenannte Fake News, aufzuklären. Wir machen das unter anderem über WhatsApp-Gruppen, in denen wir Fakten teilen und die Menschen miteinander vernetzen.

Welche Rolle spielt der interreligiöse Dialog bei dieser Arbeit?

Zurzeit wird der christliche Glaube in unserem Land leider oft missbraucht, um Menschen zu mobilisieren und Machtstrukturen zu verfestigen. Wir sehen es als Teil unserer Aufgabe an, den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Menschen unterschiedlichen Glaubens und deren individuelle Rechte zu fördern. Nur gemeinsam, durch das Einbeziehen aller Minderheiten und den Abbau von Vorurteilen, können wir eine Transformation der Gesellschaft erreichen. | |

Das Gespräch führte Verena Schmidt.



Foto: Thomas Baurer

## „Hier sind kleine grüne Biotope entstanden“

Paul François Ramde, Leiter der Organisation UFC Dori in Burkina Faso, über Probleme in der Region und die Stärkung der Frauen



Foto: François Paul Ramde

Im Nordosten Burkina Fasos setzt sich UFC Dori (Union Fraternelle des Croyants de Dori, die Geschwisterliche Vereinigung der Gläubigen von Dori), eine von Misereor unterstützte Organisation, für ein friedliches Miteinander ein. Seit 1969 arbeiten Christen und Muslime erfolgreich zusammen. Der Leiter, François Paul Ramde (Foto oben), spricht über aktuelle Projekte – auch vor dem Hintergrund des voranschreitenden Klimawandels.

Worin besteht Ihre Arbeit?

UFC Dori ist ein Zusammenschluss von Christen und Muslimen, der hier in der Sahelzone die Situation aller Menschen verbessern will. Wir gehören noch immer zu

den ärmsten Ländern der Welt und haben mit Wetterextremen zu kämpfen: Dürreperioden führen dazu, dass der Grundwasserspiegel sinkt und die Böden erodieren. Durch häufigere Starkregenfälle und Überschwemmungen können die baumlosen und trockenen Böden kein Wasser mehr aufnehmen und die Saat wird einfach weggeschwemmt. Die Folgen sind Ernteausfälle, Unterernährung oder gar Hungersnöte. Der voranschreitende Klimawandel macht die Situation noch schlimmer. Daher haben wir in den vergangenen 50 Jahren rund 300 Brunnen für die Versorgung mit Trinkwasser und außerdem 30 sogenannte 'boulis' gebaut. Das sind riesige, kreisförmige Rückhaltebecken mit einem Durchmesser von etwa siebzig und einer Tiefe von bis zu sieben Metern. Durch diese Becken sind hier in der Region kleine grüne Biotope entstanden. Etwa hundert Kleinbäuerinnen pro Becken können dadurch vermehrt Obst und Gemüse anbauen, und das bis weit in die Trockenzeit hinein.

Welche Rolle spielen Frauen bei UFC?

Die Unterstützung und Stärkung der Frauen vor Ort ist bei uns ein Schwerpunkt: Die überwiegende Mehrheit der an den 'boulis' Mitarbeitenden rund um die Gemüseärten ist weiblich. Die Frauen tragen einen Teil zum Lebensunterhalt der Familien bei. Durch ihre Mitarbeit und den Verkauf von überschüssigem Gemüse stärken sie zudem ihre Eigenständigkeit. Um Kurse zum Gemüseanbau und zur Fruchtfolge belegen

zu können, lernen sie zunächst lesen und schreiben – dadurch ist die Alphabetisierung in der Region gestiegen, was sich auch positiv auf die Erziehung der Kinder auswirkt. Zudem sind die Rückhaltebecken auch ein Ort für den sozialen Zusammenhalt und der Integration: Hier begegnet man sich, hier tauscht man sich über die Dorfentwicklung aus, hier bietet man seine Hilfe an, und das alles unabhängig von Religion, Alter, Hautfarbe und Geschlecht.

Wie wichtig ist der interreligiöse Dialog?

Wenn wir seit der Gründung eines gelernt haben, dann dass die Bedingungen der Umwelt nicht nur eine bestimmte religiöse Gruppe treffen, sondern unterschiedslos alle. Mit einem Bischof und einem Imam an der Spitze von UFC setzen wir schon in der Struktur der Organisation auf Gleichberechtigung und Zusammenarbeit. Wichtige muslimische und christliche Akteure fungieren als „lokale Friedensstifter“. Sie gehen in Dörfer, sprechen mit den Menschen vor Ort, bieten friedliche Lösungen bei Konflikten wie politischen Machtkämpfen an. Und dieser Dialog ist in der heutigen Lage sehr wichtig.

Warum?

Die Sicherheitslage vor Ort ist momentan schwierig. Menschen fliehen, da uns weiterhin terroristische Attentate erschüttern, die die Gewalt zwischen den zusammenlebenden Religionsgemeinschaften schüren. Aber wir geben nicht auf: Wir haben drei weitere 'boulis' geplant, deren Aufbau unter aktuellen Gegebenheiten etwa drei Jahre in Anspruch nehmen wird. Unsere Aufgabe ist es daher, weiterhin einen langen Atem zu haben und in einem friedvollen Miteinander den Menschen vor Ort eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.

Das Gespräch führte Verena Schmidt.



Foto: UFC Dori

Links: Ein angeleitetes Regenauffangbecken, „bouli“ genannt, dient zur Bewässerung des angrenzenden Gemüsegartens.

# Einkauf ist politisch

## Eine kurze Geschichte des Fairen Handels

### | Corinna Würzberger

Fair Trade liegt im Trend. Immer mehr Menschen geben an, fair gehandelte Produkte zu kaufen. Der Verzicht auf ausbeuterische Kinderarbeit ist laut einer Umfrage der Organisation „Forum Fairer Handel“ aus dem Frühjahr 2021 für viele Menschen der wichtigste Grund, zu den zertifizierten Produkten zu greifen.

Nur wenige werden jedoch wissen, dass es die Kirchen waren, die den Fairen Handel in Deutschland vorangebracht und professionalisiert haben. Alles begann 1970 mit einem ökumenischen Aufruf zu sogenannten Hungermärschen der „Arbeitsgemeinschaft der evangelischen Jugend in Deutschland e.V. (aej)“ und des „Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)“. Die zentrale Forderung: Faire Handelsbeziehungen für Produzentinnen und Produzenten im Globalen Süden. Diesem Aufruf folgten rund 30.000 Menschen in Dutzenden Städten. Anschließend gründeten die beiden Jugendverbände gemeinsam die „Aktion Dritte Welt Handel“ mit Verkaufsaktionen, aus denen später die heutigen Weltläden hervorgingen.

Unter dem Schlagwort „Handel statt Hilfe“ wollte man aus der Kolonialzeit stammende Abhängigkeiten beenden, für Produkte aus dem Globalen Süden einen fairen Zugang zum internationalen Markt schaffen und vor allem Verbraucherinnen und Verbraucher über ungerechte Handelsbeziehungen und schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen am Anfang der Lieferketten aufklären. Heute finden sich diese Ansätze in den drei Säulen des Fairen Handels wieder: Verkauf von Fair Trade-Produkten, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie politische Arbeit, um die Regeln des ungerechten Welthandels zu verändern.

### | Unterstützung für die Basisinitiativen

Die beiden entwicklungspolitischen Werke Brot für die Welt und Misereor unterstützten von Beginn an sowohl das überwiegend ehrenamtliche Engagement im Globalen



Foto: GEPA – The Fair Trade Company/A. Fischer

**Auch im Supermarkt gibt es faire Waren zu kaufen. Man erkennt sie an bestimmten Siegeln – wie hier den Kaffee.**

Norden als auch den Aufbau von fairen Unternehmen im Globalen Süden. Nach und nach gründeten sich professionelle Strukturen. Aus dem wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der „Aktion Dritte Welthandel“ wurde 1975 die „Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH“, kurz GEPA. Heute heißt sie „GEPA – The Fair Trade Company“ und ist Europas größtes Fair-Handelsunternehmen. Brot für die Welt und Misereor sind weiterhin die größten Gesellschafter.

Zudem wurde schon früh die Notwendigkeit für einheitliche Standards und Zertifizierungen erkannt, um Kundinnen und Kunden eine Hilfestellung bei ihrer Kaufentscheidung zu bieten und vor Trittbrettfahrern auf dem Markt zu schützen. So entstand 1992 ein Zertifizierungsverein, der heute Fairtrade Deutschland heißt und das in Deutschland und Europa bekannteste Fair-Trade-Siegel etabliert hat. Auch Misereor und Brot für die

Welt begleiten den Verein. Darüber hinaus gibt es viele verschiedene Siegel, denen teilweise andere Kriterien zugrunde liegen.

### | Vom Fairen Handel zum Lieferkettengesetz

Inzwischen findet man Waren mit Fair-Trade-Siegel auch in vielen Supermärkten. Doch trotz stetig steigender Umsatzzahlen – bis auf eine Wachstumsdelle 2020 aufgrund der Covid-19-Pandemie – liegt der Marktanteil nur bei einem Prozent. Ein Weg, die Prinzipien des Fairen Handels aus seiner Nische zu holen, ist Engagement für ein deutsches und europäisches Lieferkettengesetz: Zusammen mit vielen anderen setzen sich kirchliche Organisationen dafür ein, Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, um in ihren gesamten Wertschöpfungsketten gegen Ausbeutung vorzugehen und die Umwelt zu schützen.

Dass eine gerechte Art des Wirtschaftens möglich ist, zeigt der Faire Handel seit mehr als 50 Jahren. So profitieren aktuell mehr als 2,5 Millionen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, Kunsthandwerker und Kleinstproduzentinnen samt ihren Familien von garantierten Mindestpreisen, Bio-Zuschlägen, Planungssicherheit in langjährigen Handelsbeziehungen sowie einer Fair Handels-Prämie. Die können sie nach dem eigenen Bedarf investieren: in die Produktivität des Betriebs, eine Umstellung auf Ökolandbau oder in Schulen und Gesundheitsstationen. Dadurch trägt der Faire Handel auch dazu bei, dass sich die Lage ganzer Gemeinden und Dörfer verbessert. | |



**Corinna Würzberger** ist Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei Misereor.

# 60 Jahre Kooperation von Staat und Kirchen

## Grußworte von Bundestagsabgeordneten



Foto: photothek.net

**Frank Schwabe, SPD, MdB**  
Beauftragter der Bundesregierung für Religions- und Weltanschauungsfreiheit und Sprecher der Arbeitsgruppe Menschenrechte und humanitäre Hilfe der SPD-Bundestagsfraktion

„Seit 60 Jahren kooperieren Kirchen und Staat für Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit und im Globalen Süden. Entwicklungszusammenarbeit mit vielen Hilfsorganisationen wie Misereor und den evangelischen Hilfswerken ist ohne Zweifel eine echte Erfolgsgeschichte – nicht nur für die deutsche Politik, sondern auch für die vielen Partnerinnen und Partner in den Projektländern. Kaum jemand kann in Deutschland so gut einschätzen, was benötigt wird, wie die Lebensbedingungen vor Ort aussehen und welche Herausforderungen gemeistert werden müssen, wie die christlichen Hilfswerke.

Auf meinen Reisen ins Ausland konnte ich mich immer selbst davon überzeugen. Sie und Ihre Projektpartnerinnen und -partner waren und sind stets bestens informierte und hochengagierte Gesprächspartner, die mir immer einen tiefen Einblick und oft auch wichtige Impulse für meine Arbeit geben konnten. Dafür bin ich auch ganz persönlich sehr dankbar.

Beeindruckend ist Ihre jahrzehntelange Arbeit vor allem, weil sie in großem Umfang auch durch Spenden und ehrenamtliches Engagement getragen wird. Sie haben durch Ihren Einsatz hier in Deutschland viel zur

Akzeptanz von Entwicklungszusammenarbeit beigetragen. Sie sind Botschafterinnen und Botschafter für eine solidarischere und gerechtere Welt. Dafür gebührt Ihnen Anerkennung und Dank! Ich wünsche Ihnen für Ihre Arbeit weiterhin alles Gute und freue mich auf eine weiterhin ausgezeichnete Zusammenarbeit.“



Foto: Grüne Bundestag, S. Kaminski

**Deborah Düring, Bündnis 90/Die Grünen, MdB**  
Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion für Entwicklungspolitik und Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

„Ein großer Dank gebührt den kirchlichen Institutionen und ihren Partner\*innen für 60 Jahre Arbeit für Frieden, Menschenrechte und globale Gerechtigkeit.

Als Akteur\*innen der ersten Stunde in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit möchte ich ihnen für ihre Anpassungsfähigkeit und schnelle Reaktion auf die sichtbaren und unsichtbaren Krisen unserer Zeit danken. Durch ihr großes Netz an lokalen Partner\*innen sind Sie immer nah dran an der Basis, gut informiert und schnell handlungsfähig.

Ihre fachliche Expertise und ihre kritische Begleitung unserer Arbeit im Parlament sind für uns Abgeordnete essenziell. Lassen Sie uns weiterhin gemeinsam für globale Gerechtigkeit kämpfen und darauf hinwirken, dass wir in 60 Jahren in einer Welt leben, in der globale Ungleichheiten und ko-

loniale Machtstrukturen der Vergangenheit angehören und Geschlechtergerechtigkeit Realität ist.“



Foto: James Zabel

**Dr. Lukas Köhler, FDP, MdB**  
Mitglied im Bundesvorstand, Stellvertreter der Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion und Mitglied der Zentralen Mitgliederversammlung des KZE

„Gerade in Krisenzeiten erleben wir, wie wichtig das Engagement der kirchlichen Organisationen in der Entwicklungszusammenarbeit ist. Der Krieg in der Ukraine macht uns fassungslos. Doch die Auswirkungen des Angriffes werden weit über die Grenzen der Ukraine hinaus zu spüren sein: Gerade die ausbleibenden Getreideexporte und die damit verbundenen Preissteigerungen treffen Menschen in Armut besonders hart. Aber das ist bei weitem keine Momentaufnahme und fordert eine gemeinsame Kraftanstrengung.

Seit nunmehr 60 Jahren stehen Misereor und Brot für die Welt in enger Kooperation mit staatlichen Stellen den Menschen in schwierigen Verhältnissen bei. Als Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Misereor-Mitglied und Familienvater möchte ich mich für den unermüdlichen Einsatz aller bedanken, die sich haupt- oder ehrenamtlich gegen die Armut und für ein besseres Leben der Menschen insbesondere im Globalen Süden engagieren. Sie alle helfen, die Welt zu einem besseren Ort zu machen.“



Foto: tokography/Tobias Koch

**Thomas Rachel, CDU, MdB**  
 kirchenpolitischer Sprecher der CDU/  
 CSU-Bundestagsfraktion und Mitglied im  
 Ausschuss für wirtschaftliche Zusammen-  
 arbeit und Entwicklung

„60 Jahre Partnerschaft im Kampf für eine gerechtere Welt: Die Hilfswerke der evangelischen und katholischen Kirche leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur deutschen Entwicklungszusammenarbeit.“

Durch eine starke Verankerung der Kirchen in der Zivilgesellschaft sowohl in Deutschland als auch in den Partnerländern erzielen die kirchlichen Hilfswerke eine beachtliche Reichweite und Akzeptanz für ihre Hilfsprojekte. Gerade in Ländern, in denen die staatliche Zusammenarbeit aufgrund der politischen Rahmenbedingungen an ihre Grenzen stößt, sind Kirchen weiterhin aktiv und leisten auch in abgelegenen Regionen gemeinsam mit lokalen Akteuren eine wichtige Arbeit nah an und mit den betroffenen Menschen.

Eine wichtige Motivationsquelle der kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit liegt im christlichen Glauben und ihrem Wesensmerkmal, der christlichen Nächstenliebe. Jedem Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialem Status – soll ein Leben in Würde ermöglicht werden.

Vor diesem Hintergrund gilt es diese vertrauensvolle und wirkungsvolle Partnerschaft zwischen Staat und Kirche zur Verbesserung der Lebenssituation in Entwicklungs- und Schwellenländern fortzuführen. Den kirchlichen Hilfswerken gratuliere ich herzlich und wünsche weiterhin viel Kraft und Ausdauer.“ | |

Anzeige

# WELT-SICHTEN

Magazin für globale Entwicklung und ökumenische Zusammenarbeit

Das Magazin für alle, die mehr wissen wollen.

- Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik
- Umweltschutz und Menschenrechte
- Friedensfragen und die Rolle der Religionen

welt-sichten analysiert, hinterfragt, erklärt und macht neugierig. Die Zeitschrift bringt Reportagen, Berichte und Interviews über die Länder des Südens und über globale Fragen – jeden Monat direkt ins Haus.

Testen Sie uns!

Kostenloses Probe-Abo unter [www.welt-sichten.org](http://www.welt-sichten.org) oder  
 Telefon 069-58098-138



- sachlich
- kritisch
- gründlich

Dieses Dossier ist eine Beilage zur Ausgabe 6-2022 von welt-sichten.

Konzept und Redaktion:  
Corinna Würzberger (Misereor),  
Jürgen Hammelehle (Brot für die Welt),  
Verena Schmidt (im Auftrag von welt-sichten)

Gestaltung: Matthias Koch, Angelika Fritsch

Verantwortlich i.S.d.P.:  
Beate Schneiderwind (Misereor),  
Jürgen Hammelehle (Brot für die Welt)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Redaktion „welt-sichten“  
Postfach 50 05 50  
D-60394 Frankfurt/Main  
www.welt-sichten.org

Bestellung bei:  
bestellung@misereor.de;  
bestellungen@brot-fuer-die-welt.de

Anzeige







**DEIN BEITRAG!**  **20 Cent** für Klimaschutzprojekte

**Mutige Ideen verändern die Welt.**

Die Klimaschutzprojekte unserer Partner in Afrika sind dafür ein gutes Beispiel. Mit den fair gehandelten GEPA Bio Schokoladen trägst du dazu bei. Mach mit: Schokolade, die schmeckt und die Welt besser macht!



Mehr dazu unter: [www.gepa.de/choco4change](http://www.gepa.de/choco4change)     YouTube

GEPA - The Fair Trade Company · GEPA mbH · GEPA-Weg 1 · 42327 Wuppertal

